

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

55. Sitzung

Bildungsausschuss

18. Sitzung

am Montag, dem 8. Oktober 2001, 14:30 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Ursula Kähler (SPD) Vorsitzende
Holger Astrup (SPD)
Renate Gröpel (SPD)
Günter Neugebauer (SPD)
Hans-Jörn Arp (CDU)
Klaus Klinckhamer (CDU)
Berndt Steincke (CDU)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD) Vorsitzender
Dr. Henning Höppner (SPD)
Helmut Jacobs (SPD)
Sylvia Eisenberg (CDU)
Caroline Schwarz (CDU)
Gero Storjohann (CDU)
Dr. Ekkehard Klug (FDP)
Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Wolfgang Fuß (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Rainer Wiegard (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2001 bis 2005

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1166

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2002
(Haushaltsbegleitgesetz 2002)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1150

Übersichten über die am 31. August 2001 unbesetzten Planstellen und Stellen
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/1405

Einzelplan 07 sowie Kapitel 1207 und 1212

hierzu: Umdrucke 15/1435, 15/1436, 15/1442, 15/1443, 15/1465, 15/1473

Die Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Kähler, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 14:30 Uhr, stellt die Beschlussfähigkeit des federführenden Finanzausschusses fest und übernimmt den Vorsitz.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2001 bis 2005

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1166

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2002
(Haushaltsbegleitgesetz 2002)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1150

Übersichten über die am 31. August 2001 unbesetzten Planstellen und Stellen
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/1405

Einzelplan 07 sowie Kapitel 1207 und 1212

Umdrucke: 15/1435, 15/1436, 15/1442, 15/1443, 15/1465, 15/1473

M Erdsiek-Rave nennt als wichtigste politische Akzente ihres Haushalts die Schaffung von 200 neuen Lehrerstellen und 100 zusätzlichen Referendarstellen, den Einstieg in den Aufbau von schulischen Ganztagsangeboten zum Schuljahresbeginn 2002/3 mit 511.000 € durch Umwandlung von 15 Lehrerstellen in Geld, rund 132.000 € für den Einstieg in die Personalentwicklung im Schulbereich, insbesondere für Qualifizierung, Rekrutierung und Weiterbildung für Führungsaufgaben, die Erhöhung der Fahrkostenerstattung für Lehramtsanwärter auf 27 Pfennig pro Kilometer, die Steigerung des Hochschulbudgets um insgesamt 4,6 Millionen € und des Forschungshaushalts um 1,99 Millionen €, die Steigerung des BAföG um 1,28 Millionen €, eine leichte Erhöhung der Förderung der Sinti und Roma sowie die Errichtung des Mildred-Scheel-Hauses in Kiel und die Kosten für die Orthopädie in Lübeck. Dem stünden als wesentliche Sparleistungen 1,8 Millionen € im Abendschulwesen, die Dekkelung der Privatschulförderung auf der Grundlage der Schülerkostensätze 1998, die Absenkung der Zuschüsse an die Universitätsklinik um 5,1 Millionen €, Einsparungen bei Grenz-

verbänden, Minderheiten, beim Schleswig-Holstein Musik Festival und der Stiftung Schloss Gottorf gegenüber.

Fragen von Abg. Birk und Abg. Eisenberg zur Förderung der Volkshochschulen beantwortet St Dr. Stegner dahin, angestrebt werde, mit den Volkshochschulen, die im letzten Jahr von Kürzungen ausgenommen worden seien, Zielvereinbarungen abzuschließen.

Abg. Dr. Klug erwartet, dass sich die anstehende Neustrukturierung der Landeszentrale für politische Bildung im Haushalt widerspiegele und auch die Friedrich-Naumann-Stiftung in die Förderung bei Titel 0706-684 02 - Zuschüsse an Stiftungen, Gesellschaften und Vereine - wieder aufgenommen werde; einen entsprechenden Antrag der Stiftung werde er an den Finanzausschuss weiterleiten.

Abg. Dr. Klug bittet das Bildungsministerium um einen Sachstandsbericht zur Abwicklung des Internats Schloss Plön.

Abg. Arp befürchtet von den Kürzungen im Bereich der **Privatschulförderung** die Schließung von Schulen in freier Trägerschaft, die das mit der Schaffung 200 zusätzlicher Lehrerstellen verbundene Ziel einer Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den staatlichen Schulen konterkarieren würde.

Die Vorsitzende weist an dieser Stelle darauf hin, dass die Wirtschaftspläne der Schulen in freier Trägerschaft sowie der Hochschulen an die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen gegangen seien.

M Erdsiek-Rave begründet die Kürzungen bei der Privatschulförderung mit der Haushaltssituation des Landes und räumt ein, dass die Festschreibung der Schülerkostensätze auf dem Niveau von 1998, die Absenkung des Förderschulanteils in den Klassenstufen fünf bis dreizehn, der Verzicht auf die Anhebung der Schülerkostensätze für geistig behinderte Schüler auf 100 % sowie Einsparungen bei den Baukostenzuschüssen zu erheblichen finanziellen Engpässen bei den Schulen in freier Trägerschaft führe, macht aber darauf aufmerksam, dass ihr die drohende Schließung einer bestimmten Schule nicht bekannt sei.

Abg. Dr. Klug hingegen sieht die Existenz der freien Schulen und insbesondere die Gewinnung von Lehrernachwuchs an diesen Schulen sehr wohl gefährdet und bittet das Ministerium, die Einsparung von insgesamt 2,27 Millionen € auf die verschiedenen Schularten aufzuschlüsseln (Waldorfschulen, dänische Schulen und so weiter). - Abg. Birk bittet darum, die Beteili-

gung der Kommunen an der Privatschulfinanzierung darzustellen (Haushaltsstelle 0710-MG 08).

Auch Abg. Eisenberg und Abg. Sporendonk kritisieren, dass die Schulen in freier Trägerschaft durch die Festschreibung der Schülerkostensätze für weitere vier Jahre von der Entwicklung im staatlichen Schulwesen abgekoppelt würden (vergleiche zwei kleine Anfragen von Abg. Sporendonk, Drucksachen 15/1223 und 15/1236 betreffend Zuschüsse an die Schulen der dänischen Minderheit).

Auf Fragen der Abgeordneten Schwarz, Dr. Klug und Eisenberg zu dem vom Landtag beschlossenen Aufbau von **Ganztagsangeboten** an **Schulen** führt die Ministerin aus, die Ganztagsangebote sollten auf der Grundlage eines von den Trägern erarbeiteten pädagogischen Konzepts umgesetzt werden. Die in den Erläuterungen erwähnte Förderrichtlinie werde bis zur Vorlage der Nachschiebeliste vorliegen; ein Konzept und Handlungsleitfaden werde nächste Woche vorgestellt werden. Die Unterrichtsversorgung werde sich durch die zusätzlichen Lehrer- und Referendarstellen, die Mehrarbeit der Lehrkräfte im Gegenwert von 162 Stellen, die Rückführung von Ausgleichsstunden im Wert von 35 Stellen sowie der Abordnungen im Wert von sieben Stellen um insgesamt 434 Stellen verbessern. Für den Aufbau von schulischen Ganztagsangeboten würden 15 beziehungsweise 45 Stellen kw gesetzt und in Geld umgewandelt.

Auf eine Frage von Abg. Eisenberg zu den **Hochschulen** erwidert M Erdsiek-Rave, sie halte die vorgesehene Steigerung des Hochschulbudgets vor dem Hintergrund der äußerst schwierigen Haushaltssituation für einen gewaltigen finanzpolitischen Kraftakt.

Abg. Dr. Klug fragt nach der finanziellen Mehrbelastung des Landes, wenn sich das Land in den Zielvereinbarungen verpflichte, die Personalkostensteigerungen der Hochschulen in voller Höhe auszugleichen.

Auf weitere Fragen erwidert die Ministerin, hinsichtlich der Höhe der Betriebskostenzuschüsse für die Mensen des Studentenwerks gebe es keinen Dissens mit dem Studentenwerk. Die Weiterentwicklung der Muthesius-Hochschule müsse aus dem vorgegebenen Hochschulbudget finanziert werden.

Abg. Sporendonk setzt sich dafür ein, in den Zielvereinbarungen mit der Universität Flensburg die Friesisch-Professur zu verankern, und bittet den Bildungsausschuss, sich mit den Zielvereinbarungen zwischen Bildungsministerium und Hochschulen zu befassen.

Auf eine Frage von Abg. Steincke zur Fachhochschule Westküste stellt die Ministerin klar, dass an der Existenz der Fachhochschule nicht gerüttelt werde, wenngleich die Studierendenzahl nicht so wie ursprünglich erwartet wachse.

Abg. Dr. Klug bittet, über die Verwendung der Einnahmen aus dem Verkauf des Plöner Schlosses zu berichten.

Abg. Schwarz mahnt den dem Landtag jährlich vor den Haushaltsberatungen vom Stiftungsrat der Stiftung Schloss Gottorf vorzulegenden Bericht an (§ 6 Abs. 3 des Stiftungsgesetzes).

Der Bildungsausschuss wird sich mit den Sanierungsmaßnahmen auf Schloss Gottorf befassen.

Abg. Schwarz erkundigt sich außerdem nach dem Stand des Verkaufs des Kieler Schlosses.

Auf eine Frage von Abg. Birk zu den **Kapiteln 1207** und **1212** weist M Erdsiek-Rave darauf hin, dass die Landesregierung nach wie vor erhebliche Finanzmittel für Investitionen im Hochschulbau aufwende.

Die Ausschüsse nehmen die o. a. Umdrucke zur Kenntnis und bitten das Bildungsministerium, die statistische Vorlage, Umdruck 15/1443, in neuer Fassung zuzuleiten.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die gemeinsame Sitzung um 16:20 Uhr.

gez. Ursula Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer